

Erben oder leisten?

Zu Erbschaftsteuer, Marktwirtschaft und Gerechtigkeit

Wolfgang Rose (SPD-Fraktion Hamburg, Koordinator für Gewerkschaftskontakte)

Lange nicht mehr hat ein so sperriges Buch für soviel Furore gesorgt wie Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“. Denn Piketty weist nach, dass in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens schon lange und ganz grundsätzlich gilt: Die Renditen aus Kapitalbesitz sind höher als die aus eigener Arbeit, oder einfacher gesagt: Haben lohnt sich mehr als Leisten. Die aktuellen Zahlen für Deutschland bestätigen das: Die Renditen aus Vermögen wachsen mehr als doppelt so schnell wie die Arbeitseinkommen.

Das allein wäre jedoch noch kein gesellschaftliches oder moralisches Problem, solange der Vermögens- und Kapitalbesitz das Resultat eigener Leistung ist, und jeder die annähernd gleiche Chance hat, Vermögen durch Arbeit aufzubauen. Aber wie wir wissen, ist dem nicht so: Viel zu ungleich sind die Bildungs- und Berufschancen verteilt, viel zu ungleich sind die Löhne und Gehälter zwischen verschiedenen Berufen, in denen jeweils Enormes geleistet wird.

In naher Zukunft jedoch wird sich diese ohnehin schon große und wachsende soziale Schieflage weiter verschärfen, und zwar durch einen Vorgang, den die meisten Menschen als quasi natürliches, selbstverständliches Recht ansehen: Das Erben und Vererben. Es ist das Verdienst der Autorin Julia Friedrichs, in ihrem Buch „Wir Erben“ nicht nur die entsprechenden Zahlen und Fakten zu präsentieren, sondern vor allem die gesellschaftlichen und moralischen Folgen zu beleuchten.

Aktuelle Brisanz gewinnt diese Debatte vor dem Hintergrund, dass das Bundesverfassungsgericht Ende letzten Jahres entschied, dass die Erbschaftssteuer hinsichtlich des Betriebsvermögens zu reformieren sei und dem Gesetzgeber dafür eine Frist bis Mitte 2016 gesetzt hat. Ein erster Entwurf von Bundesfinanzminister Schäuble liegt vor, und erstaunlicherweise wird dieser vor allem aus dem eigenen bürgerlichen Lager als zu weitgehend kritisiert, während er von der SPD unterstützt wird.

Warum eigentlich? Schließlich berufen sich bürgerliche Politiker und Interessenvertreter doch stets gern auf Liberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“. Doch mit deren Leitidee „Wohlstand durch Leistung“ ist das nahezu steuerfreie Erben, wie es hierzulande bisher üblich ist, kaum zu vereinbaren.

Zunächst die Fakten: Zwar gibt es keine gesicherten Zahlen über das Geldvolumen, das jährlich in Deutschland vererbt wird, die Schätzungen schwanken zwischen „nur“ 60 Milliarden und 260 Milliarden. Die Unsicherheit kommt daher, dass es generell in Deutschland zwar über alles Mögliche detaillierte statistische Daten gibt, nur nicht über Vermögen und Reichtum. Und was an Erbschaft aufgrund der hohen Freibeträge nicht versteuert werden muss, wird auch nicht erfasst. Dennoch sind die höheren Schätzwerte plausibel, denn wir kennen die Gesamtsumme des privaten Vermögens in Deutschland (rund 12 Billionen Euro), und wir wissen, dass mindestens ein Drittel davon schon innerhalb dieses Jahrzehnts vererbt wird. Daher ist die Prognose der Postbank, nach der das jährliche Erbschaftsvolumen bis 2020 auf über 330 Mrd. Euro ansteigen wird, durchaus realistisch.

Klar ist also: Es geht nicht um Peanuts, sondern um riesige Summen. Und damit geht es um die Fragen: Wie gerecht ist das? Was bedeutet das für die Chancen- und Wohlstandsverteilung in der jungen Generation? Und was folgt daraus für die Reform der Erbschaftssteuer?

Eigentlich ist es ja erstaunlich: Während die große Mehrheit der Deutschen die wachsende soziale Ungleichheit kritisiert und zum Beispiel die Vermögenssteuer befürwortet, lehnen viele Menschen hingegen höhere Erbschaftssteuern ab, selbst unter denen, die gar nicht in den Genuss des Erbens kommen. Doch das ist leicht verständlich, denn es entspringt dem tief verwurzelten Familiengefühl der Deutschen, vor allem jener aus der ersten Nachkriegsgeneration, die sich oft vor allem deshalb den Buckel krumm geschuftet haben, damit „unsere Kinder es einmal besser haben als wir“. Daher empfinden viele Eltern es nur als gerecht, das Vermögen, das sie „hart erarbeitet“ haben, nun an ihre Kinder oder Enkel weiterzugeben – und als ungerecht, gar „unverschämt“, wenn der Staat sich davon einen kleinen Teil abknapsen will.

Doch wie stellt sich die Sache aus Sicht der Erbgeneration dar? Jene Kinder oder Enkel, die erben, erhalten diese kleineren oder größeren Vermögen, ohne selbst etwas dafür getan zu haben. Geerbtes Vermögen ist nicht das Resultat eigener Leistung, sondern schlicht: Glück. Nämlich das zufällige Glück, von den „richtigen“ Eltern geboren worden zu sein. Aus Sicht derjenigen, die dieses Glück nicht haben, ist das zweifelslos ungerecht.

Der übliche Einwand gegen solche Überlegungen ist der Vorwurf, doch nur neidisch zu sein, eine „Neiddebatte“ zu führen. Doch erstens ist es ein billiger Trick, (Un-)Gerechtigkeitsgefühle und –forderungen als Neid zu denunzieren, und zweitens geht dies noch aus einem anderen Grund an der Sache vorbei: Jene, die nicht erben, haben nämlich heute viel geringere Chancen, sich stattdessen aus eigener Leistung Wohlstand zu schaffen. Während es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vielen möglich war, auch aus einem durchschnittlichen Einkommen kleine Vermögen aufzubauen, meist in Form von Häusern, ist dies heute aus bekannten Gründen sehr viel schwerer: Gesunkene Reallöhne, prekäre Arbeitsverhältnisse, un stetige Erwerbsverläufe, hohe Ausgaben für private Kranken- und Altersvorsorge oder für Bildung und Weiterbildung.

Im Ergebnis bedeutet das, dass das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft: „Aufstieg und Wohlstand durch Leistung“ immer mehr an Gültigkeit verliert: Während viele trotz enormer Leistungen und Anstrengungen kaum je zu nennenswertem Wohlstand und Existenzsicherheit kommen, ganz zu schweigen von Vermögen, erreichen andere diese Ziele ganz ohne eigenes Zutun, ohne eigene Leistung, nur indem sie erben.

Und diese Spaltung verfestigt sich auch für kommende Generationen: Denn einmal vorhandenes Vermögen, so man es nicht verprasst oder verzockt, vermehrt sich bekanntermaßen im Finanzkapitalismus von alleine, so dass auch die nächste Erbgeneration in gleichen oder noch höheren Genuss kommt, während die Einkommen aus Arbeitsleistung kaum eine nachhaltige Wirkung haben. Statt „Leistungsgesellschaft“ zu sein, nimmt unser Land so immer mehr neo-feudale Züge an, es entsteht eine über Generationen hinweg weitgehend gleichbleibende Geldelite. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern schwächt auch die Dynamik und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft; auch dieser Effekt ist wissenschaftlich erwiesen.

Was also tun? Andere Länder sind da weniger zimperlich: Während Erbschaften bei uns bisher mit durchschnittlich weniger als zwei Prozent besteuert werden, können es in den USA schon mal 50 Prozent oder mehr sein. Schließlich bestand schon Staatsgründer Thomas Jefferson darauf, dass jeder sich „an der Startlinie neu aufstellen“ müsse. Und der Gründervater des Wirtschaftsliberalismus John Stuart Mill sagte ebenso klar: „Ich würde eine stark belastende Steuer auf jede Erbschaft legen, die den moderaten Betrag übersteigt, der ausreicht, um persönliche Anstrengungen zu unterstützen, aber nicht überflüssig zu machen.“

Doch wie wir wissen: Wenn es ernst wird, gelten vielen Vermögenden und Liberalen keine Ideen mehr etwas, sondern nur noch die schnöden Eigeninteressen. Daher werden zuverlässig altbekann-

te Einwände und Vorurteile gegen die Erbschaftssteuer ins Feld geführt, die ich abschließend entkräften möchte:

Zum ersten wird ständig die Angst verbreitet, der Staat nehme den Familien „Oma ihr klein Häuschen“ weg. Das tut er natürlich nicht: Wenn Freibeträge und Steuersätze angepasst werden, dann wird selbstgenutztes Wohneigentum auch zukünftig nicht gefährdet werden.

Zum zweiten wird gesagt: Warum soll das Vermögen als Erbschaft nochmal besteuert werden, für das doch schon Einkommenssteuer gezahlt wurde? Doch der Sinn von Steuern ist nicht, Geld oder andere Werte an sich zu besteuern, sondern die Tatsache, dass jemand sie als Einkommen oder Vermögen in Besitz bekommt und verwertet. Daher wird nicht derjenige besteuert, der vererbt, sondern der Erbe, sofern er mittels Erbschaft ein einmaliges hohes Einkommen bzw. Vermögen erhält.

Und zum dritten wird im Falle vererbten Betriebsvermögens stets gewarnt, die Besteuerung könnte Arbeitsplätze kosten. Doch natürlich wird die Reform der Erbschaftssteuer dies berücksichtigen und die Arbeitsplätze schützen – aber dafür die neuen Inhaber verpflichten, diese Arbeitsplätze auch wirklich langfristig zu erhalten.

Für Panikmache besteht also kein Grund. Was wir brauchen, ist eine Erbschaftssteuer, die zumindest einen kleinen gerechten Ausgleich zwischen jenen mit und jenen ohne „Eltern Glück“ herstellt und zugleich verhindert, dass aus der Leistungsgesellschaft eine Erbgengesellschaft wird.

2. Mai 2015